

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Frank Tempel, Jan Korte, Petra Pau, Jens Petermann,  
Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Stellensituation beim Zoll angesichts einer Vielzahl offener Vollstreckungsfälle und neuer Aufgaben**

Im Zusammenhang mit der Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2010/2011 vom 27. September 2010 sind bei den Sachverständigen Befürchtungen zur Sprache gekommen, dass der gravierende Stellenabbau und die strukturellen Einsparauflagen bei den Bundesbehörden inzwischen eine nachteilige Auswirkung auf deren Aufgabenwahrnehmung haben.

Als drastisches Beispiel wurde die Personalpolitik in der Zollverwaltung genannt. „Mehr als eine Million offener Vollstreckungsfälle mit finanziellen Außenstände in dreistelliger Millionenhöhe“ (ergänzende Stellungnahme des VBOB auf Ausschussdrucksache 17(4)92 F, S. 15) zeigen die Überforderung des Zolls. Wie angesichts vom pauschalen Stellenabbau, Überalterung der Beschäftigten, geringer Einstellungskorridore und zusätzlicher Aufgaben absehbare zusätzliche Aufgaben geschultert werden können, ist fraglich.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch sind die Personalfehlstände in den einzelnen Dienststellen der Zollverwaltung?
2. Wie groß ist der Personalfehlstand im Arbeitsbereich Vollstreckung von Forderungen?
3. Nach welcher Systematik sind bezüglich der Personalausstattung sogenannte prioritäre Bereiche benannt worden?
4. Wie viele offene Vollstreckungsfälle sind im Arbeitsbereich Vollstreckung von Forderungen anhängig?
5. Welches Gesamtvolumen haben die finanziellen Forderungen im Bereich Vollstreckung?
6. Warum wurde der Arbeitsbereich Vollstreckung von Forderungen nicht als prioritär eingestuft, obwohl große Rückstände bei der Abarbeitung von Vollstreckungsfällen bestehen?
7. Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um angesichts der schwierigen Haushaltslage die Vollstreckung der Außenstände zu beschleunigen?

8. Wie werden absehbare neue Aufgaben für den Zoll, z. B. die Kfz-Steuer, die Luftverkehrsabgabe, die Brennelementesteuer und möglicherweise auch die verstärkte Frachtpostkontrolle personell und strukturell untersetzt?
9. Welche personellen und strukturellen Auswirkungen wird der angekündigte Abbau von bis zu 15 000 Stellen in den Bundesverwaltungen in den nächsten Jahren auf die Zollverwaltung haben?

Berlin, den 30. November 2010

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**